

Landtag Potsdam:

Keine Rekonstruktion der Fassaden, keine öffentliche Nutzung des Hofraumes

Die Situation:

1. Im Landtagsbeschluss vom 31. März 2008 ist festgeschrieben, dass der vorzugebende Fassadenplan anhand von Fotos und Messbildern neu zu erarbeiten ist. Wörtlich heißt es: „Hierbei werden die im Rahmen der bodenarchäologischen Grabungen gewonnenen Erkenntnisse (Bezugsmaße) berücksichtigt.“

Die durch archäologische Grabungen gewonnenen Maße fanden in den Vorgaben des Finanzministeriums keine Berücksichtigung. **Das verstößt gegen den Landtagsbeschluss!**

2. Die Annahme der 20 Millionen Euro-Spende der Hasso-Plattner-Förderstiftung verpflichtet „zur **größtmöglichen Wiederannäherung des Landtagsgebäudes an Gliederung und Erscheinung der äußeren historischen Fassade des Potsdamer Stadtschlusses**“.

Die wohldurchdachte Fassadenabwicklung Knobelsdorffs soll bewusst verändert werden! Auch die ehemaligen Kutschendurchfahrten, die eine Durchwegung des Schlosshofes ermöglichten, werden „wegrationalisiert“. **Eine Chance zu wirklicher Bürgernähe des Parlaments wird durch die Verhinderung der öffentlichen Durchwegung vertan!**

3. Es werden Steuergelder verschwendet, weil von einem überdimensionierten Raumbedarf ausgegangen wird, der gegenwärtig und in naher Zukunft nicht erforderlich ist.

Obwohl alle politischen Kräfte die Länderehe in weite Ferne rücken, muss der Brandenburger Steuerzahler Räume für Berliner Abgeordnete finanzieren. Berlin gibt keinen Cent dazu. **Das hochverschuldete Land Brandenburg sollte sich einen solchen Luxus nicht erlauben!**

4. Das Landtagsgebäude sollte der erste „Leitbau“ zur Heilung der Potsdamer Stadtmitte sein.

Wird die Planung ohne Korrekturen realisiert, so gerät die Außenfassade, die noch als einziger Teil des Stadtschlusses eine wirklich gute Rekonstruktion werden könnte, zur Farce.

Die Fakten:

Grundlage für den Bau des Parlamentsgebäudes im „Knobelsdorff-Gewand“ sind die Landtagsbeschlüsse vom 20. Mai 2005 und 31. März 2008. Die Annahme von 20 Millionen Euro als **Spende der Hasso-Plattner-Förderstiftung** verpflichtet „zur **größtmöglichen Wiederannäherung** des Landtagsgebäudes an Gliederung und Erscheinung der äußeren historischen Fassade des Potsdamer Stadtschlusses unter Einsatz vorhandener historischer Bauteile bzw. erforderlichenfalls von Nachfertigungen“.

In der Beschlussvorlage für den 31. März 2008 wurden vom Finanzministerium u. a. folgende „**Eckpunkte der präzisierten Aufgabenstellung**“ formuliert:

„7. 11. Festlegungen zur Gestaltung der historischen Fassade
[...] Es ist erforderlich, anhand der Fotos von 1912 und der Messbilder der Ruine von 1960 einen Fassadenplan neu zu erarbeiten. **Hierbei werden die im Rahmen der bodenarchäologischen Grabungen gewonnenen Erkenntnisse (Bezugsmaße) berücksichtigt.** Notwendige Veränderungen an der äußeren Fassade (z. B. Belichtungsöffnungen in der Gesims- und Attikazone) sind mit der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten (SPSG) und dem Landesamt für Denkmalschutz abgestimmt.“

Von Verschiebungen der äußeren Umrisse ist nirgends die Rede. Lediglich „manche Bauelemente (z. B. Fenster) [...] werden bei der Erstellung der Planungsvorgaben [...] **in Teilaspekten** vereinheitlicht.“ Diese Formulierung impliziert keineswegs die meterweise Verschiebung ganzer Außenwände! Weiter heißt es:

„Die teilnehmenden Unternehmen erhalten im Rahmen der präzisierten Aufgabenstellung eine verbindliche Vorgabe zu den äußeren Fassaden einschließlich Profilierung der Gliederungselemente und Tiefenentwicklung in Form einer CAD-Datei. [...]“

Wie öffentlich bekannt wurde, hat das Finanzministerium die mit dieser „verbindlichen Vorgabe“ beauftragte Firma ProDenkmal wider besseres Wissen zu **Maßabweichungen vom Original** gedrängt, die an den Außenfassaden nicht nur einige Zentimeter, sondern bis zu 1,80 Meter betragen. Dadurch können erhaltene historische Bauteile *nicht* wieder eingebaut werden. Die Ringerkolonnade (Wiederaufstellung im B-Plan festgeschrieben!) würde statt auf eine Wandfläche auf eine Fensteröffnung treffen. Die hofseitigen Skulpturen sollen entgegen dem Landtagsbeschluss *nicht* wieder aufgestellt werden.

Die Maßabweichungen wurden von Fachleuten der Initiative „Mitteschön“ und des Stadtschlossvereins nach Veröffentlichung der Pläne festgestellt und unverzüglich dem vom Bauherrn beauftragten Architekten Kulka sowie dem Finanzministerium mitgeteilt. In Gesprächen, die seit September 2009 mit hochrangigen Vertretern des Landtags hierüber geführt wurden, erklärten diese, es sei für Korrekturen zu spät und mit unübersehbaren finanziellen Folgen zu rechnen. **Der Imageschaden für das Land Brandenburg dürfte jedoch kaum geringer zu beziffern sein.**

Durch das Beharren auf die Schaffung aller auch für die Berliner Abgeordneten notwendigen Räumlichkeiten wurde der Stadtschlossgrundriss derart **aufgebläht**, dass die Hoffronten nicht rekonstruiert werden können. Das rechtfertigt jedoch nicht, obendrein die äußeren Umrisse willkürlich zu verändern!

Die Brandenburger Steuerzahler müssen Büroflächen bezahlen, die auf lange Sicht nicht gebraucht werden, da die Länderehe zwischen Berlin und Brandenburg mittelfristig nicht geschlossen werden wird. Es hätte gereicht, den **Plenarsaal groß genug** herzustellen, die bei der Fusion fehlenden Abgeordnetenbüros könnten weit preiswerter in Nachbargebäuden untergebracht werden.

Die seitlichen Kutscheneinfahrten, zu den Außenfassaden gehörig, sollen nicht wiederhergestellt werden. Bei Verzicht auf die „Berliner Abgeordnetenbüros“ wäre der damit verbundene Raumverlust völlig unproblematisch. Doch nun soll das Fortunaportal einziger Zugang zum Hof und zum Haupteingang ins Parlament sein. **Der Hof ist somit einer öffentlichen Nutzung für Veranstaltungen entzogen**, da die vorgeschriebene Anzahl von Rettungswegen nicht existiert. Selbst wenn der Hausherr es wollte, ließe das Baurecht Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen dort nicht zu. Freiluftkonzerte wären völlig ausgeschlossen. Aus akustischen Gründen müsste das Podium nämlich vor dem Fortunaportal stehen und würde den einzigen Zugang zum Hof versperren.

Bürgerinitiative „Mitteschön“